

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Annette Widmann-Mauz, Andreas Storm, Dr. Wolf Bauer, Monika Brüning, Verena Butalikakis, Dr. Hans Georg Faust, Michael Hennrich, Hubert Hüppe, Barbara Lanzinger, Maria Michalk, Hildegard Müller, Matthias Sehling, Jens Spahn, Matthäus Strebl, Gerald Weiß (Groß-Gerau), Wolfgang Zöllner und der Fraktion der CDU/CSU

Kosten der Chroniker-Programme

„DER SPIEGEL“ berichtet in seiner Ausgabe 7/2003, dass die neuen Behandlungsprogramme zur besseren Behandlung chronischer Erkrankungen, wie Diabetes und Mamakarzinom, wesentlich teurer sind als bisher bekannt ist. Nach einer Analyse der Techniker Krankenkasse werden die Kassen allein für die Verwaltung des Diabetikerprogramms rund 170 Euro pro Patient und Jahr aufwenden müssen, also etwa doppelt so viel wie bisher geplant. Zusätzlich sollen die Ärzte rund 70 Euro pro Patient für die Dokumentation der Daten erhalten. Nach der Analyse der Techniker Krankenkasse beliefen sich damit die zusätzlichen Verwaltungskosten auf fast 700 Mio. Euro, sofern alle Diabetiker in das Programm einbezogen würden.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Sind mittlerweile Verträge über die so genannten Disease-Management-Programme (DMP) zustande gekommen?
Wenn ja, von wem und über welche Programme sind Verträge geschlossen worden?
2. Welche Konsequenzen hat der Nichtabschluss eines DMP-Vertrages für die einzelne Kasse?
3. Welche Folgen haben unterschiedliche Vertragsabschlüsse (z. B. Verträge, die einheitlich und gemeinsam geschlossen wurden, einerseits und Verträge einzelner Kassen mit Kassenärztlichen Vereinigungen (KVen) oder einzelnen Arztgruppen andererseits)
 - a) für den Risikostrukturausgleich und
 - b) für die Vergütungsverhandlungen zwischen den Landesverbänden der Krankenkassen und den KVen?
4. Wie sind Höhe und Struktur der Vergütungen in den jeweiligen Verträgen ausgestaltet?
5. Welche Konsequenzen haben die DMP-Verträge auf die Arzneimittelausgaben?

6. Sind trotz DMP-Verträgen alte Strukturverträge zur Diabetikerversorgung beibehalten worden?
Wenn ja, was bedeutet dies für die Versorgung des einzelnen Diabetikers?
7. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass DMP einen sektorübergreifenden Ansatz sowie die Einbeziehung aller relevanten Leistungserbringer bedingen, und wenn ja, welche Maßnahmen sind von der Bundesregierung geplant bzw. nach Ansicht der Bundesregierung notwendig, um diese als sinnvoll und notwendig angesehenen Bedingungen auch in Deutschland umzusetzen?
8. Welche Kosten hat die Bundesregierung für die Verwaltung der Diabetikerprogramme durch die Krankenkassen veranschlagt?
9. Welche Kosten hat die Bundesregierung für die Dokumentation der Daten durch die Ärzte veranschlagt?
10. Teilt die Bundesregierung die Analyse der Techniker Krankenkasse?
11. Wenn ja, welche Konsequenzen wird die Bundesregierung daraus ziehen?
12. Wenn nein, wie begründet die Bundesregierung ihre andere Haltung?
13. Wie viele Diabetiker werden nach Meinung der Bundesregierung die Diabetikerprogramme in Anspruch nehmen?
Welche Arzt-Patienten-Relationen gibt es bei der Versorgung von Diabetikern?
14. Wie hoch beziffert die Bundesregierung die Kostenersparnis, die durch die Diabetikerprogramme zu erzielen sind?
15. Wie bewertet die Bundesregierung die Aussage einiger Diabetikerverbände, dass die den Diabetikerprogrammen zugrunde liegenden Leitlinien keine innovative medizinische Versorgung der Diabetiker gewährleisten, sie vielmehr hinter dem wissenschaftlichen Stand der Erkenntnis zurückbleiben?
16. Welche Maßnahmen hält die Bundesregierung für erforderlich, um die Compliance der an den Diabetikerprogrammen beteiligten Patienten zu verbessern?
17. Gibt es Überlegungen, andere chronische Erkrankungen in DMP einzubeziehen?
Wenn ja, wieweit sind die Vorbereitungen hierzu schon gediehen?

Berlin, den 1. April 2003

Annette Widmann-Mauz
Andreas Storm
Dr. Wolf Bauer
Monika Brüning
Verena Butalikakis
Dr. Hans Georg Faust
Michael Hennrich
Hubert Hüppe
Barbara Lanzinger

Maria Michalk
Hildegard Müller
Matthias Sehling
Jens Spahn
Matthäus Strebl
Gerald Weiß (Groß-Gerau)
Wolfgang Zöllner
Dr. Angela Merkel, Michael Glos und Fraktion